

## Die Sozialdemokratie am Scheideweg

von Felix Butzlaff und Oliver Nachtwey

Geteiltes Leid ist halbes Leid, sagt man im Volksmund. Doch im Falle der jüngsten Krise der SPD macht es die Sache sogar noch schlimmer. Denn in den meisten Ländern in Zentraleuropa befindet sich die Sozialdemokratie in einer Identitätskrise, die ihr Bestehen als Volkspartei auf Massenbasis in Frage stellt. Die SPD hat gerade ihr schlechtestes Wahlergebnis seit Bestehen der Bundesrepublik eingefahren, in Italien steht die sozialdemokratische Opposition hilflos einem chronischen Schwindler und Schürzenjäger und seiner Medienmacht gegenüber. In Großbritannien wird Labour bei den Wahlen im nächsten Jahr wahrscheinlich untergehen und auf Jahre wird die Partei noch an den Wunden laborieren, die sie sich von Blair und Brown in den letzten 15 Jahren hat zufügen lassen. In Frankreich kann sich die Parti Socialiste nur mit Mühe gegen den Zerfall stemmen.

Schon Anfang der 1980er hat Ralf Dahrendorf vom „Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts“ gesprochen. Er meinte damit keineswegs das Ende der sozialdemokratischen Parteien, sondern einen säkularen Trend der Erschöpfung der Wachstums- und Wohlfahrtspotentiale, der mit einem Wandel der politischen Konstellation zusammenfiel. Dieser Trend hat sich bis heute fortgesetzt: Betrug das jährliche Wirtschaftswachstum 1950-1973, im Goldenen Zeitalter des Kapitalismus, in Westeuropa im Durchschnitt noch 4,6 Prozent, fiel es in der Periode 1973-1996 auf 2,1 Prozent. Bis zum Jahr 2001 waren es sogar nur noch 1,9 Prozent pro Jahr.

Ohne Wirtschaftswachstum verliert die Sozialdemokratie die primäre Quelle ihres Politikmodells. In der Nachkriegszeit beruhte diese auf einem keynesianischen Produktivismus: Ökonomische Effizienz und soziale Gerechtigkeit waren eine organische Einheit. Mit dem

Ausbleiben des Wachstums aber wurden die Verteilungsspielräume immer kleiner.

In den meisten sozialdemokratischen Parteien in Europa fand man auf dieses Dilemma keine Antworten. Dazu kam, dass sich der Handlungskontext rapide verändert hatte. Die Globalisierung setzte Unternehmen und Staaten unter einen verschärften Konkurrenzdruck. Zudem schrumpfte die alte Industriearbeiterschaft zusehends, Angestellten- und Dienstleistungsberufe, in denen kollektive sozialistische oder sozialdemokratische Identitäten nur schwer vermittelt werden konnten, nahmen stetig zu.

Die Interessen der unterschiedlichen Gruppierungen innerhalb der sozialdemokratischen Wählerschaft begannen auseinander zu laufen. Die besser ausgebildeten und qualifizierten Arbeitnehmer konnten sich flexibler an die Ära der Hochtechnologie anpassen. Es waren oftmals gerade diese Teile der Arbeiterschaft, die sich gegen staatliche Regulierungen und zu hohe Steuern aussprachen, weil sie fürchteten, dadurch könnte ihre kompetitive Position untergraben werden (vgl. Kitschelt 1994: 12–20). Damit entwickelten sie Ansprüche, die mitunter im Widerspruch zu jenen standen, die beschäftigungslos waren oder, wenn sie eine Arbeit gefunden hatten, diese extrem unsicher und schlecht bezahlt war.

Die soziale Basis veränderte sich noch in einer weiteren subversiven Hinsicht. Der Wohlfahrtsstaat hatte teilweise den Konflikt zwischen Kapital und Arbeit in der Nachkriegsära befriedet. Klasse war nicht länger das bestimmende Moment der Identität der meisten Menschen. Man fühlte sich in erster Linie als Bürger, auch dann, wenn man objektiv weiterhin einer sozialen Klasse zugehörig war (vgl. Hobsbawm 1995). In der Nachkriegsära gewan-

Foto: www.fotolia.com, © Dawn Hudson



nen linkslibertäre und postmaterialistische Einstellungen vor allem in den jüngeren Generationen große Bedeutung, die oft über Kreuz lagen mit der traditionellen Sozialdemokratie. Gleichzeitig führte der Mitgliederschwund der Gewerkschaften zu einem Prozess des „*de-linking*“ der historischen Verbindung von Gewerkschaften und Sozialdemokratie. Die Gewerkschaften reichten als soziale Basis nicht mehr aus (Piazza 2001).

In dieser schwierigen Konstellation konnten sich in den sozialdemokratischen Parteien die „Modernisierer“ durchsetzen, die sich für eine Wende zu einer liberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik stark machten. Ihr Kalkül war, dass man mit dieser Politik die neue entstanden neuen Mittelschichten einbeziehen könnte und die alten Anhänger – aus Mangel an Alternativen – nicht verlieren würde. Die Modernisierer proklamierten für die Sozialdemokratie einen „Dritten Weg“, den Anthony Giddens als Alternative sowohl zum konservativen Neoliberalismus als auch zur „alten“ etatistisch-korporatistischen Sozialdemokratie formulierte. Giddens plädierte dafür die die Logik der Märkte anzuerkennen und kritisierte die „obsessive Fixierung auf Ungleichheit“ der alten Sozialdemokratie (Giddens 1999). Die Modernisierer waren auf dem Dritten Weg zunächst auch erfolgreich. Sie erneuerten die sozialdemokra-

tischen Parteien und gewannen in zahlreichen europäischen Ländern die Wahlen. Gleichwohl hatten sie die Ausrichtung der Parteien so verändert, dass am Ende nicht mehr die klassische Sozialdemokratie, sondern eine „Marktsozialdemokratie“ stand (Nachtwey 2009). Bei Marktsozialdemokratie geht es nicht um den vollständigen Abschied von der sozialen Gerechtigkeit, sondern um ihre Vereinbarkeit mit dem Markt. Die sozialdemokratische Koppelung von Wachstum und Gerechtigkeit bleibt erhalten, aber vor der Distribution kommt die Produktion. Der Markt ist zur zentralen Referenzgröße der Politik geworden. Wie die Transformation zur Marktsozialdemokratie den Niedergang der sozialdemokratischen Parteien vorangetrieben hat, zeigen wir im Folgenden anhand dreier kurzer Skizzen der SPD, der britischen Labour Party und der französischen Parti Socialiste.

### Ungeklärte Verhältnisse – die SPD und die Neue Mitte

Auch die deutsche Sozialdemokratie hatte in ihrer langen und bitteren Oppositionsphase seit Beginn der 1980er Jahre mit den ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklungen gehadert, hatten in Abgeschiedenheit Programmdebatten geführt, wie sie als Partei auf den Zerfall der Voraussetzungen ihres zuvor keynesianisch geprägten Politikmodells reagieren sollte. Erst 1998 gewann sie nach vier Niederlagen in Folge wieder eine Bundestagswahl, und mit Oskar Lafontaine und Gerhard Schröder besaßen die Sozialdemokraten zwei Parteiführer, die sich in ihren Funktionen als Wahlkämpfer perfekt ergänzten. Der Parteivorsitzende Lafontaine spielte die Klaviatur der Traditionssozialdemokratie und es gelang nahezu perfekt, die traditionellen Wähler anzusprechen. Mit Gerhard Schröder als Kanzlerkandidaten wiederum konnten all die Wählerschichten angesprochen werden, die sich eine modernere und liberalere Politik der Wirtschaftsnähe versprachen. Allein – die Umsetzung der Synergie aus *Innovation und Gerech-*

*tigkeit* an der Regierung als erwies sich nahezu unmöglich. Denn die Partei hatte – um den Erfolg bei den Wahlen nicht zu gefährden – mitnichten ausgefochten, wie es programmatisch um die zukünftige Sozialdemokratie stehen sollte.

Das Wahlergebnis bot keinen Fingerzeig, welcher Teil der SPD, welche Auffassung zukünftiger Sozialdemokratie nun den Regierungsauftrag erhalten hatte – im Gegenteil. Und dies mag auch das grundlegende Problem der Partei und ein Kern ihres schrittweisen Schrumpfens bis hin zur vernichtenden Wahlniederlage im Herbst 2009 sein: Dass stets ein gewichtiger Teil der Parteianhängerschaft sich enttäuscht abzuwenden drohte; denn während sich der vielleicht größere Teil Schutz und Sicherheit und einen starken Sozialstaat in Zeiten wachsender Arbeitslosigkeit erhoffte, versprachen andere sich eine auf ressourcenstarke Individuen zugeschnittene Wirtschaftspolitik (Walter 2009).

Natürlich haben die Sozialdemokraten auch schon lange vor 1998 viele Mitglieder verloren. Die autoritäre Art aber, mit der der eigenen Partei an der Regierung programmatische Neuausrichtungen und die Abkehr von lange gültigen Glaubenssätzen aufgedrängt wurden, demütigte die Partei und machte ihre Funktionäre politisch sprachlos. Das Schröder-Blair-Papier 1999 und mehr noch die Hartz-Gesetze ab 2003 führten die Partei in eine tiefe Identitätskrise. Die Regierungs-SPD übernahm mit ihrer Politik viele neuliberale Vorurteile bezüglich der negativen Auswirkungen von Sozialstaat und öffentlicher Fürsorge kompromissloser als die meisten ihrer europäischen Pendanten. Die Einschnitte ins soziale Netz, die Deregulierung des Finanzmarktsektors, die Senkung der Steuersätze für Gutverdiener und Unternehmen – all dies widersprach den Vorstellungen weiter Teile der Partei. Am Ende der Regierungsperiode war denn auch in vielen Bereichen die Bilanz für eine sozialdemokratische Partei geradezu vernichtend:

Die Kluft zwischen Arm und Reich war tiefer, die Bildungsungleichheit höher und die Kinderarmut größer geworden. Und während auf diese Weise die sozialdemokratischen Traditionswählerbestände langsam auf ein Minimum absanken, taten die Volten einer rhetorischen Retraditionalisierung in den Wahlkämpfen sowie die ökonomische Bilanz der Regierungstätigkeit ihr Übriges dazu, auch diejenigen Anhängergruppen zu verunsichern und zu vertreiben, die sich eine kraftvollere Politik der Wirtschaftsreformen erhofft hatten. Am Ende war die Entfremdung von Teilen der Wählerschaft so groß, dass diese dem flüchtigen Parteichef Lafontaine zur neu entstandenen Linken folgten, die ab 2003 der SPD als Konkurrenz erwuchs. Und gerade in einer großen Koalition mit der CDU ab 2005 sollte sich diese Zwischenposition dann als verhängnisvoll für die Sozialdemokraten erweisen. Wer seine Wahlstimme für soziale Sicherung und einen Ausbau staatlicher Fürsorge abgeben wollte, dem stand nun eine kompromisslosere Linke zur Auswahl, und wer sich eine Partei der Wirtschafts- und Finanzkompetenz wünschte, der konnte sein Kreuz bei der CDU machen.

### **Learning to love the market – New Labour**

Die britische Labour Party war – im europäischen Vergleich – die erfolgreichste sozialdemokratische Partei der letzten 15 Jahre. Seit 1997 stellt sie den Premierminister, hat drei Wahlen in Folge gewonnen, und unter ihrer Regierung erlebte das Land den längsten Wirtschaftsaufschwung der letzten 100 Jahre. Doch nun befindet sich die Labour Party in einer tiefen Krise: In Umfragen liegt sie mehr als 20 Prozent hinter den oppositionellen Konservativen, Premier Brown fährt Niederlage über Niederlage ein, wirkt unsicher und ist nur aus Mangel an Alternativen noch Premierminister.

Bevor New Labour 1997 unter der Führung von Tony Blair einen fulminanten Wahlsieg errang, hatte die Partei vier Wahlen hintereinander verloren und mit ansehen müssen, wie

Margaret Thatcher das Land umkremelte. Der Sozialstaat wurde abgebaut, zahlreiche Staatsbetriebe privatisiert, die „Freiheit“ der Finanzmärkte und der Unternehmer gestärkt und insbesondere die Rechte der Gewerkschaften beschnitten. Vor allem gelang es Thatcher, den wohlfahrtsstaatlichen Nachkriegskonsens zu brechen, indem sie der Arbeiterschaft und Mittelschicht individualistische gesellschaftliche Anreize bot. So privatisierte sie beispielsweise die staatlichen Sozialwohnungen und verkaufte diese an die Mieter, machte so zahlreiche Arbeiter zu Eigentümern und Kreditnehmern und trug zur „Zersetzung des Arbeiterblocks“ (Hobsbawm 1995) bei.

An diesen individualisierten Wirtschaftsliberalismus knüpfte New Labour teilweise an. Man strich das Bekenntnis zum Gemeineigentum aus der Satzung und bekannte sich zu freien Märkten. In der Sozialpolitik betonte man stärker die Pflichten als die Rechte und unternahm keine Anstalten, die anti-gewerkschaftliche Gesetzgebung aus der Thatcher Zeit zurückzunehmen.

In der Wirtschafts- und der Sozialpolitik hat New Labour in der Regierungszeit de facto mehr umverteilt, als allgemein angenommen wird. Die Umverteilung hieß bei Labour vor allem, unten in der Gesellschaft einen Sockel einzuziehen. Mehr Gleichheit stand nicht auf der Agenda, was auch genauso eintrat. Die Gesellschaft Großbritanniens kennt heute weniger Armut, ist aber ungleicher und weniger sozial mobil als noch vor 30 Jahren. Labour ist dafür nicht allein verantwortlich, aber die Partei hat nur wenig getan, diese Entwicklung zu korrigieren (McKibbin 2009). Zentrales Instrument zur Bekämpfung der Armut war der 1997 eingeführte Mindestlohn und ein Ausbau der sozialen Leistungen. Arbeitslose, alleinerziehende Mütter, ja im Prinzip alle Bezieher staatlicher Unterstützungsleistungen mussten allerdings beständig und marktkonform ihre Arbeitswilligkeit unter Beweis stellen. Taten sie es nicht, aus welchen Gründen auch immer, verloren sie ihren Anspruch.

Auch wenn Gordon Brown derzeit auf der internationalen Bühne versucht, sich als Weltstaatsmann zu präsentieren, der die globalen Finanzmärkte reguliert: New Labour hat gleich zu Beginn der Regierungszeit die Zentralbank in die Unabhängigkeit entlassen und stärkte die Londoner City – das Finanzzentrum in Großbritannien – durch weitere Deregulierungen. Viele der in der Boomphase neu geschaffenen Jobs entstanden in der Finanzbranche oder waren einfache, niedrig entlohnte und ungesicherte Arbeitsverhältnisse. Jetzt sticht die globale Krise der Finanzmärkte mitten ins Herz der britischen Ökonomie, weil sie kaum noch eine produktive Basis in der verarbeitenden Industrie hat.

1997 versprach die Labour Party einen neuen Aufbruch. Neue Mitglieder strömten in die Partei und die Gewerkschaften unterstützten sie trotz gewisser Spannungen noch durchgängig. Auf 400.000 Mitglieder wuchs die zuvor arg gebeutelte Partei wieder. Doch schon bald begannen die Desillusionierungen. Schon vor der Regierungsübernahme hatte die Parteispitze durch Organisationsreformen den Einfluss der Gewerkschaften und der Parteilinken auf die Parteiführung und die Regierungspolitik beschnitten. Nicht zuletzt deshalb konnte sich eine Alternative innerhalb New Labours bislang nicht etablieren, aber auch außerhalb der Partei erwuchs keine starke Opposition. Dies lag auch am großen Damm des Mehrheitswahlrechts, das auf der rechten Seite die Konservativen lange Zeit auf Distanz hielt und auf der linken Seite die Liberaldemokraten zum Opfer des taktischen Wählens machte. Ohne Mehrheitswahlrecht sehen die Verhältnisse dramatisch anders aus. Bei der Europawahl, bei der das Verhältniswahlrecht gilt, wurde die Labour Party mit 16 Prozent nur noch die dritte Kraft.

Der Labour Party droht im nächsten Frühjahr eine vernichtende Wahniederlage. Und es nicht klar, wer sie dort wieder herausführen kann. Weder existiert ein politisches Führungspersonal, das eine Erneuerung verspricht,

noch existiert eine soziale Basis, die sich gegen die Niederlage stemmen könnte. Die Partei hat seit 1997 mehr als 60% ihrer Mitglieder verloren, nur knappe 160.000 Mitglieder zählt sie noch. Zwar wird Labour immer noch überdurchschnittlich von Arbeitern gewählt, aber die Partei ist mittlerweile sozial eine Partei der Mittelklasse, hoch verschuldet und von den Gewerkschaften entfremdet.

### An der Macht verblasst – die Parti Socialiste

Was die gesellschaftliche Verankerung, die Mitgliederzahlen und die Verknüpfung mit der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung angeht, so blickt die Parti socialiste längst nicht auf eine so lange und starke Tradition wie bei ihren englischen und deutschen Pendanten zurück. Erst im Laufe der 1970er Jahre gelang es der Partei unter Führung von Francois Mitterand, gemeinsam mit den Kommunisten eine Linksunion zusammen zu schweißen. Der Erfolg der PS bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 1981 war einer der größten Erfolge einer linken Partei in Europa seit 1945 (Sassoon 1996): Eine Demokratisierung der Gesellschaft, Verstaatlichungen in der Industrie und im Finanzsektor, Dezentralisierung und Stärkung der Regionen im stark zentralistischen Frankreich, sowie ein Ausbau der demokratischen Elemente in der Wirtschaft waren die zentralen Punkte.

Die PS hatte ihre Rechnung allerdings ohne die ökonomische Baisse nach den Ölkrisen gemacht. Die privaten Investitionen blieben niedrig und die Arbeitslosenzahlen hoch. Die Skepsis der internationalen Finanzmärkte gegenüber der französischen Politik ließ das außenwirtschaftliche Gleichgewicht deutlich ins Minus abrutschen und die staatliche Verschuldung explodieren. Im Ergebnis wurde der Druck binnen kurzer Zeit so stark, dass Mitterand als der Parteienkonkurrenz entthronter Präsident die Position eines überparteilichen Landesvaters einnahm und mit der *rupture* 1982/83 jeden Anspruch auf eine ge-

## Aus dem Programm des VS Verlages



**2., verb. Aufl. 2008.**  
**298 S. Br. EUR 14,90**  
**ISBN 978-3-531-15809-9**



**2008. 320 S. Br.**  
**EUR 24,90**  
**ISBN 978-3-531-16085-6**

Erhältlich im Buchhandel oder beim Verlag.  
Änderungen vorbehalten. Stand: 9 | 2009.



VS Verlag für Sozialwissenschaften  
Abraham-Lincoln-Straße 46  
65189 Wiesbaden  
Tel: 0611.7878-245  
Fax: 0611.7878-420  
[www.vs-verlag.de](http://www.vs-verlag.de)

sellschaftsverändernde Politik aufgab. „Wir haben gelernt“, hieß nun die Botschaft, und man wollte fast übereifrig der Finanzwelt beweisen, dass man keine substantiell andere Politik anstrebte als die bürgerlichen Parteipendants (Sassoon 1996). Und so erfolgreich diese Umkehr in Stil und Inhalt auch für Mitterand persönlich gewesen ist, so tiefgreifend veränderte er die eigene Partei. Die PS zog sich innerlich von der eigenen Regierung zurück, igelte sich ein und die verschiedenen Parteiströmungen reduzierten sich schnell auf taktische Formationen für die Durchsetzung von Personalfragen.

Die Programmdiskussionen der Partei sind nach wie vor vom Erfahrungshorizont der 1960er und 1970er Jahre geprägt, wirken jedoch abgekoppelt und realitätsfremd. Ein Versuch, einen eigenen Weg der programmatischen Erneuerung zu gehen, hat die Partei nie unternommen. Zwar mag dies auf der einen Seite dazu geführt haben, dass die Partei – die im Übrigen nie eine starke Arbeitermitgliedschaft besessen hatte, stets eine Formation der Angestellten und Lehrer, eine Partei *für*, nicht *von* Arbeitern gewesen war – bei den Arbeiterwählern zwar deutlich verlor, nicht aber im gleichen Maße einbrach wie SPD und Labour. Auf der anderen Seite stellte eine fortwährende unklare Parteienposition zwischen traditionell linker Programmatik und liberalpragmatischem Regieren die kollektive Identität der Anhänger auf eine harte Probe. Auch Lionel Jospin als Premier unter Jacques Chirac als Präsidenten ab 1997 konnte da keinen Ausweg für die PS aufzeigen und brachte über die Einführung der 35-Stunden-Woche hinaus kaum Anhaltspunkte für eine Wiederbelebung der Partei. Dass seit dem Abtritt Mitterands die Parteiströmungen all ihre politische Energie auf den Kampf um die Personalhoheit und die Kandidaturfrage richteten, hat eine Auseinandersetzung um eine mögliche Neujustierung der traditionellen Konzepte verhindert. Gleichzeitig ist die PS damit verwundbarer geworden, hat ob der sichtbaren Dissonanzen

zwischen Praxis und Programm sowohl an Nicolas Sarkozy in der gesellschaftlichen Mitte als auch an neu entstandene linke Parteien wie NPA oder die *Parti de Gauche* Anhänger verloren.

Die PS ist in den goern immer stärker eine Partei der sozial Privilegierten geworden: leitende Angestellte und höhere Beamte prägen das Bild, oft mit eigenen politischen Ambitionen. Der Anteil der Mandatsträger ist sehr hoch. Und immer mehr Franzosen sehen die PS als eine Partei ohne politisches Projekt, zwei Drittel der Bevölkerung glauben auch der heutigen, zerstrittenen Parteiführung um Martine Aubry nicht, dass sie ein Bild eines zukünftigen Frankreichs zeichnen könne, welches über das eigene personalpolitische Tableau hinausginge (Hillebrand 2009).

### Perspektiven der Sozialdemokratie

Die Transformation zur Marktsozialdemokratie und die Entkoppelung von ihren Anhängern hat die europäische Sozialdemokratie in eine tiefe Krise geführt. Dazu beigetragen hat auch der Politikstil der Modernisierer, die teilweise autoritär, teilweise populistisch ihre Parteien als Organe der Diskussion, des produktiven Streits und der demokratischen Willensbildung stillgelegt haben. Letztlich hat man die Wahl zwischen klar unterscheidbaren Alternativen – einer der Ursprungsgedanken der demokratischen Moderne – ausgehebelt.

Jetzt bräuchte man genau dieses: Parteien, die in der Lage sind, offen und ehrlich über sich und die Gesellschaft zu reflektieren. Das alte Subjekt der Sozialdemokratie, die traditionelle Arbeiterklasse, ist verschwunden. Doch in jüngster Zeit hat der globale Kapitalismus wieder eine neue soziale Frage hervorgebracht. Die Zeit des allgemeinen gesellschaftlichen Aufstiegs, der kollektiven Rolltreppe nach oben, der Zunahme sozialer Sicherheit ist – möglicherweise unwiderruflich – vorbei. Die Gesellschaft befindet sich inmitten einer Peri-



ode der sozialen Verwundbarkeit, der stärkeren Abwärts- und schwächeren Aufwärtsmobilität, des Status- und Sicherheitsverlusts, der Prekarität und Exklusion (Dörre/Castel 2009). Soziale Unsicherheit breitet sich aus wie eine Epidemie und der Erreger hat bereits die Mittelklassen infiziert. Das ist das Kernproblem: Die Marktsozialdemokratie vermag nicht, mit ihren Policies die „neue soziale Frage“ einzuhegen.

Wir erleben gleichwohl keinen Kapitalismus des 19. Jahrhunderts, sondern die Wiederkehr der sozialen Frage in neuer Form. Bislang gibt es nur individuelle Verarbeitungen dieser Entwicklung. Vereinzelt, Leistungsausgabe bis zur Erschöpfung, aber auch Offenheit für rechten Populismus sind die Folge. Eine erneuerte Sozialdemokratie muss einerseits die Frage der Ökonomie neu denken, denn ein „Weiter so“ oder die Sicherung des Status Quo lassen sie in der Zange zwischen Konservativen und Linken weiter ausbluten. Die Konservativen haben jetzt schon mit ihrer nüchternen Konversion zum keynesianischen Etatismus der Sozialdemokratie wichtige Distinktionsmerkmale genommen. Es gibt keine strukturell rechte Mehrheit in der Gesellschaft; in einer Zeit der sozialen Unsicherheit wird den Konservativen schlicht eher zugetraut, den Status quo zu bewahren, während es in den vergangenen Jahrzehnten gerade die Sozialdemokratien waren, die ihre Anhänger mit den vermeintlich moderaten Zumutungen in ein stahlhartes Gehäuse aus Eigenverantwortung, Flexibilität und Beschleunigung gezwängt haben. Auf der anderen Seite werden die sozialdemokratischen Parteien von links zunehmend unter Druck gesetzt – mit Ansätzen, die mal die eigenen waren.

Es fehlt ein Plan, eine gesellschaftliche Vision, mit der man nicht zum Arzt geschickt wird, sondern die Programm und Realität zusammenbringt, die Demokratie neu denkt (wie zum Beispiel in der Wirtschaft) und eine erneuerte Vorstellung gesellschaftlicher Macht. Nahm man die letzten 20 Jahre an, dass Macht zur Veränderung nur in der Regierung möglich

sei, hat man jetzt wahrscheinlich lange Gelegenheit, die Möglichkeiten der Opposition neu schätzen zu lernen. Die Geschichte kann da hilfreich sein: Die zentralen Institutionen des deutschen Wohlfahrtsstaates wurden von Konservativen begründet – nicht zuletzt aus Furcht vor der Macht der Underdogs, wenn sie sich organisieren und Alternativen entwickeln.

Das Bedürfnis der Bürger nach sozialer Sicherheit ist nur eine stumme Wucht, wenn sie nicht artikuliert wird. Darum wird es in der Zukunft der Sozialdemokratie gehen müssen, falls sie eine haben will: Die Neuerschaffung kollektiver Subjektivität an der Frage der sozialen Unsicherheit, die eine Idee einer anderen, besseren Gesellschaft in sich trägt. ■

☞ Felix Butzlaff ist Politikwissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Arbeitsgruppe für Parteien- und Politische Kulturforschung an der Universität Göttingen.

☞ Dr. Oliver Nachtwey ist Soziologe und Politikwissenschaftler und vertritt derzeit den Lehrstuhl von Prof. Franz Walter für Parteien- und Politische Kulturforschung an der Universität Göttingen.

#### Literatur

- Dörre, Klaus/Castel, Robert (Hrsg.), 2009: Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung: die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts, Frankfurt a.M.
- Giddens, Anthony, 1999: Der Dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie, Frankfurt a.M.
- Hillebrand, Ernst, 2009: Die sozialistische Partei Frankreichs nach dem Parteitag von Reims, Friedrich Ebert Stiftung.
- Hobsbawm, Eric, 1995: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München/Wien.
- Kitschelt, Herbert, 1994: The Transformation of European Social Democracy, Cambridge.
- McKibbin, Ross, 2008: What works doesn't work, in: London Review of Books, 11. September 2008.
- Nachtwey, Oliver, 2009: Marktsozialdemokratie : die Transformation von SPD und Labour Party, Wiesbaden.
- Piazza, James, 2001: De-Linking Labor, in: Party Politics (7) 4, S. 413 – 435.
- Sassoon, Donald, 1996: One Hundred Years of Socialism. The West European Left in the Twentieth Century, New York.
- Walter, Franz, 2009: Im Herbst der Volksparteien. Eine kleine Geschichte von Aufstieg und Rückgang politischer Massenintegration, Bielefeld.